

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 06 86 846 pbbn d



## Inhalt

Dr. Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, wirft der Bundesregierung vor, in allen Fragen abgasentgifteter Autos entscheidungsunfähig zu sein: Was geschieht mit den Dieselfahrzeugen?

Seite 1

Günter Verheugen MdB begrüßt die Auszeichnung von Bischof Tutu mit dem Friedensnobelpreis: Mutige Entscheidung.

Seite 3

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, verurteilt, daß Bonn und München die Pflegebedürftigen im Stich lassen: Verantwortungslos.

Seite 4

Harald B. Schäfer MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit dem Waldschadensbericht der Bundesregierung und stellt fest: Der Wald stirbt - und die Regierung sieht zu.

Seite 6

39. Jahrgang / 201

17. Oktober 1984

Was geschieht mit den Dieselfahrzeugen?

-----  
Die Bundesregierung ist in allen Fragen abgasentgifteter Autos entscheidungsunfähig

Von Dr. Volker Hauff MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Als das Bundeskabinett am 19. September 1984 wieder einmal ankündigte, die Bundesregierung strebe an, ab 1988 beziehungsweise 1989 die US-Schadstoffgrenzwerte für Pkw einzuführen, blieben wieder einmal entscheidende Fragen offen: Weder wurde der Termin für die obligatorische Einhaltung verbindlich festgelegt, noch wurde über die Frage eines nationalen Alleingangs entschieden.

Undeutlich blieb bis heute auch eine weitere - für den Autokäufer wichtige - Frage: Wie wird zukünftig mit Dieselfahrzeugen verfahren?

Jeder Autokäufer heute hat einen Anspruch darauf zu wissen, welche Kostenbe- oder -entlastungen in Zukunft auf ihn zukommen. Angesichts des Hin und Her der Bundesregierung über das Katalysatorauto wird sich mancher Autokäufer gerade für den Diesel entschieden haben in der irrigen Annahme, die weitere Diskussion über die US-Abgasgrenzwerte werde ihn nun nicht weiter betreffen.



Diesen Autofahrern muß die Bundesregierung endlich klare Antworten auf ihre Fragen geben. Welcher Dieselfahrer wird die höhere Kfz-Steuer für nicht-abgasentgiftete Autos zahlen müssen? Unter Berücksichtigung welcher Abgasgrenzwerte wird die Bundesregierung ein Dieselfahrzeug als umweltfreundlich anerkennen und steuerlich begünstigen? Sollen die bisher gültigen US-Grenzwerte für gasförmige Emissionen und Rußpartikel gelten oder die in den USA erst ab 1986/87 geplanten?

Bisher gibt es in Deutschland keine entsprechenden Standards für Rußemissionen aus Dieselfahrzeugen. Es ist deshalb höchste Zeit, solche verbindlichen Rußgrenzwerte einzuführen.

Die Bundesregierung aber ist in allen Fragen abgasentgifteter Autos entscheidungsunfähig. So ist auch zum Beispiel die Frage noch offen, wie mit Lkw's verfahren werden soll; die schweren Nutzfahrzeuge allein tragen immerhin zu 31 Prozent des gesamten Stickoxidausstosses im Straßenverkehr bei beziehungsweise zu 13 Prozent der dort anfallenden Kohlenwasserstoffe. Welche steuerlichen Be- und Entlastungen werden noch auf die Unternehmen für ihre Transportfahrzeuge zukommen?

Nur zur Erinnerung: Es ist inzwischen gut 16 Monate her, daß Bundesinnenminister Zimmermann das erste Mal ankündigte, demnächst werde es die abgasarme Autozukunft geben. Daß nach diesen 16 Monaten immer noch kein Dieselmotorkonzept vorliegt, sondern es auch hier bei Ankündigungen geblieben ist, zeigt: Zimmermann bleibt sich als Ankündigungsminister treu. Der Wald wird nicht mehr lange auf solche Konzepte warten können.

Wann wird der Autokäufer angesichts so vieler Unsicherheiten die Geduld verlieren?

(-/17.10.1984/ks/rs)

+ + +



Eine mutige Entscheidung

Zur Auszeichnung von Bischof Tutu mit dem Friedensnobelpreis

Von Günter Verheugen MdB

Der Friedensnobelpreis an Bischof Desmond Tutu - eine mutige, Klarheit schaffende Entscheidung. Die Auszeichnung für Bischof Tutu rückt ein paar Maßstäbe wieder zu recht, die in der jüngsten Zeit verändert worden sind. Die südafrikanischen innen- und außenpolitischen Aktivitäten dieses Jahres - verbunden mit einer groß angelegten internationalen Propaganda - sollten der Welt den Eindruck vermitteln, Südafrika habe sich auf einen Weg der Vernunft und des Ausgleichs begeben. Allzu gerne war man im Westen bereit, das zu glauben und die Augen vor der häßlichen Wirklichkeit in Südafrika zu verschließen.

Bischof Tutu ist einer von denen, die sich nicht täuschen und auch nicht einschüchtern lassen. Beharrlich nennt er die Dinge beim Namen: Das System der Apartheid ist ein System fortwährender, brutaler Unterdrückung, für das es keine Rechtfertigung gibt. Die Apartheid ist der alltägliche Terror, dem drei Viertel der südafrikanischen Bevölkerung ausgesetzt sind.

Ein Mann wie Desmond Tutu ist nicht nur den Machthabern im eigenen Land ein schweres Ärgernis. Er entlarvt auch die Heuchelei derjenigen bei uns, die den Charakter des südafrikanischen Regimes verharmlosen und verniedlichen, weil sie nicht auf ihre gutgehenden Geschäfte mit der weißen Minderheit in Südafrika verzichten wollen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Tutu wird es der Südafrikalobby künftig schwer machen, den Widerstand der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gegen das System als das Werk einzelner fanatisierter Terroristen darzustellen. Die unterdrückte, rechtlose Mehrheit in Südafrika braucht das Bewußtsein internationaler Solidarität.

In dieser Solidarität liegt die einzige Hoffnung der Schwarzen, ihre Rechte auf friedlichem Wege durchzusetzen. Desmond Tutu setzt immer noch auf Verständigung und Ausgleich, und die Menschen in Südafrika hören auf ihn. Ob Tutus Weg erfolgreich sein kann, hängt aber nicht von ihm allein ab. Das entscheiden nicht zuletzt wir. Und damit es da keinen Irrtum gibt: Die tatsächliche Politik der Bundesregierung und der meisten ihrer Verbündeten im südlichen Afrika arbeitet denen in die Hände, die von Bischof Tutu angeklagt werden.

Der Friedensnobelpreis ist nicht nur ein Preis für Tutu und den von ihm repräsentierten Widerstand in Südafrika. Er ist auch ein Preis gegen das System der Apartheid und gegen alle, die dieses System immer noch ermöglichen, die Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen.  
(-/17.10.1984/ks/rs)

+ + +



Verantwortungslos  
-----

Bonn und München lassen die Pflegebedürftigen im Stich

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

"Immer mehr Pflegebedürftige in Bayern", so heißt es im Bulletin der bayerischen Staatsregierung. Wer allerdings nun meint, daß der zuständige Fachminister aus diesen eher alarmierenden Meldungen umfassende Konsequenzen zöge, der sieht sich getäuscht. Begleitet wird diese Meldung zum einen von einem selbstgefälligen Eigenlob dafür, daß man zusätzlich 2,6 Millionen DM für die Ausstattung von neu fertiggestellten Pflegeplätzen zur Verfügung gestellt habe - was bei der dramatischen Zunahme der Pflegebedürftigen wohl eher die Wirkung eines Tropfens auf dem heißen Stein haben dürfte. Und ansonsten verbleibt Sozialminister Neubauer bei der üblichen - aber nichtsdestoweniger wirkungslosen - Politik des Appellierens, diesmal an die Träger der Altenheime, doch bei der Errichtung oder Sanierung von Heimen einen möglichst hohen Anteil von Pflegeplätzen zu schaffen.

Diese Politik des Wartens auf fremde Wunder ist angesichts der von ihm selbst vorgelegten Zahlen schon mehr als erstaunlich, ja verantwortungslos zu nennen. Immerhin ist die Zahl der älteren Mitbürger über 75 Jahre in Bayern von etwa 253.000 im Jahre 1950 auf heute fast 692.000 gestiegen und wird sich bis zum Jahre 2000 auf über 775.000 erhöhen.

Bezogen auf das gesamte Bundesgebiet liegen ähnliche Zahlen vor. Die Zahl der über 80jährigen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf 1,5 Millionen verdoppelt und wird bis 1990 auf zwei Millionen ansteigen. Von dieser Altersgruppe sind aber heute bereits 30 Prozent pflegebedürftig. Die Gesamtzahl der pflegebedürftigen Mitbürger beträgt heute etwa 850.000, von denen 250.000 in Heimen untergebracht sind.

Diese Zahlen sind Herrn Neubauer natürlich ebenfalls bekannt. Und verschämt läßt er auch durchblicken, wo das Hauptproblem bei dieser Entwicklung liegt: Daß nämlich "immer weniger Familien in der Lage oder bereit sind, ihre Angehörigen zu versorgen". Bei den meisten geht es aber um die erste Alternative, sie sind dazu finanziell einfach nicht in der Lage. Welche Konsequenzen dies hat, verschweigt uns der zuständige Herr Minister allerdings: Die Pflegebedürftigen werden in die Sozialhilfe abgedrängt, da sie insbesondere die ständig steigenden stationären Pflegekosten nicht tragen können.



So gehen alle realistischen Prognosen davon aus, daß sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger bei den stationär Pflegebedürftigen weiter erhöhen wird und bald die 80-Prozent-Grenze erreicht haben dürfte.

Einer solchen Entwicklung kann man natürlich nicht mit warmherzigen Appellen begegnen. Hier sind grundsätzliche Lösungen gefordert. Aber Sozialminister Neubauer orientiert sich in seiner Untätigkeit an einem bedeutenderen Vorbild: der Bundesregierung in Bonn. Deren Bericht zur Lage der Pflegebedürftigen ist ein noch größeres - weil ausdrückliches - Eingeständnis dafür, keine eigenen Lösungsmöglichkeiten vorlegen zu können. Die bloße Ablehnung einer versicherungsrechtlichen Lösung, wie sie das Land Hessen nun in einem Gesetzentwurf vorgelegt hat und wie sie von den meisten Sozialverbänden gefordert wird, macht halt noch keine eigene Politik aus.

Im Gegenteil: Die ausschließlich verbale Orientierung auf die Verbesserung des ambulanten Bereichs (der noch keine Taten gefolgt sind) hilft all denen nicht, die gerade wegen der stationären Kosten in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Geradezu als Hohn muß man es empfinden - und werden es vor allem die Betroffenen empfinden -, wenn die Bundesregierung kurz nach Vorlage ihres 20seitigen Berichts auf alle weiteren Fragen nach Konkretisierungen und Lösungsvorschlägen nur stereotyp zu antworten weiß, sie werde weitere Untersuchungen durchführen (vergleiche die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Die Grünen).

Dies ist angesichts der Schlußfolgerung in ihrem Bericht, daß "derzeit eine umfassende Neuregelung oder eine grundlegende Änderung des sozialen Sicherungssystems nicht in Betracht kommen", nicht als Augenwischerei, Vertröstung der Betroffenen auf den St. Nimmerleinstag.

Aber so leicht werden es sich die Herren Neubauer, Geißler und Blüm mit ihrer Verschleierungs- und Aufschiebetaktik nicht machen können. Der Gesetzentwurf aus Hessen zur Pflegeversicherung zwingt sie, dem eigene Konzeptionen entgegenzusetzen. Auch im Interesse der Kommunen als Träger der immer weiter ausufernden Sozialhilfe ist die derzeitige Situation nicht länger tragbar. Wir Sozialdemokraten sind im Interesse aller Betroffenen zu einer gemeinsamen Lösung bereit. Aber dafür ist es erforderlich, daß Herr Neubauer in München und die Herren Geißler und Blüm in Bonn endlich Vorschläge auf den Tisch legen. (-/17.10.1984/ks/rs)

+ + +



## Der Wald stirbt...

...und die Regierung schaut unfähig zu

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Jetzt ist es regierungsamtlich. Der Bericht des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten "Waldschadenserhebung 1984" hält schwarz auf weiß fest: Der Wald stirbt galoppierend. 1984 sind 3,7 Millionen Hektar und damit 50 Prozent unseres Waldes krank. Im Vorjahr waren es 2,5 Millionen Hektar, also 34 Prozent des Waldes. 1982 betrug die Schadensfläche acht Prozent.

Im Vergleich zu den Vorjahren haben 1984 auch die Schäden bei den Laubbaumarten besonders stark zugenommen. Die Schadfläche bei der Buche hat sich fast verdoppelt, bei der Eiche verdreifacht.

Neu und gleichermaßen besorgniserregend ist auch, daß sich die Waldschäden nicht nur, wie in der Vergangenheit, überwiegend auf Mittelgebirge konzentrieren, sondern auch tiefergelegene Landschaften sowie die Alpen stark betroffen sind. Besonders stark geschädigt sind beispielsweise die ostbayerischen Grenzgebirge, das Alpenvorland, Schwarzwald, Pfälzer Wald, Weserbergland und Harz, aber auch das Neckarland, die Rhein-Main-Ebene, der niedersächsische Küstenraum, die westfälische Bucht und das Niederrheingebiet.

Die Bundesregierung überhört in hilfloser Beschwichtigung dieses schrille Alarmsignal. Statt zu handeln, warnt sie vor übereilten Maßnahmen. Wo entschieden werden muß, gibt sie neue Untersuchungen in Auftrag. Großversuche - wie beim Tempolimit - werden zum Alibi zum Nichtstun.

Es bleibt dabei:

1. Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion aus dem Notprogramm gegen das Waldsterben müssen unverzüglich umgesetzt werden.
2. Nach dem Beispiel des von der hessischen Landesregierung vorgelegten Entwurfs eines Schadstoffabgabengesetzes - das neben dem Schwefeldioxid die wichtigsten Schadstoffe einbezieht - muß ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Eine Abgabe ist in der Tat eine geeignete flankierende Maßnahme zu den Vorschriften der Großfeuerungsanlageverordnung. Sie ist darüber hinaus kurzfristig wirksamer und schafft für die Betreiber einen spürbaren wirtschaftlichen Anreiz, die modernste verfügbare Luftreinhalte-technik unverzüglich einzusetzen.
3. Müssen bei der Einführung bleifreien Benzins den Worten endlich Taten folgen, notfalls auch im nationalen Alleingang. Dies ist umso dringlicher als neue Forschungsergebnisse den Verdacht nahe legen, daß auch der Bleigehalt im Benzin eine wichtige Rolle bei der Schädigung des Waldes spielen könnte.
4. Muß im Rahmen der Energiepolitik die Kohlevorrangpolitik fortgesetzt werden. Dies ist nur bei Einsatz moderner umweltfreundlicher Techniken möglich, insbesondere von modernen Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen.
5. Muß die verbindliche Einführung abgasarmer Autos ab 1986 und eine sofortige Geschwindigkeitsbegrenzung 80 auf Landstraßen und 100 auf Autobahnen erfolgen.

(-/17.10.1984/ks/rs)

+ + +

